

# Antrag auf Leistungen nach dem Unterhaltsvorschussgesetz (UVG)

Aktenzeichen der Unterhaltsvorschussstelle

Eingangsvermerk der Unterhaltsvorschussstelle

Bitte Merkblatt und Erläuterungen zum Ausfüllen des Antrages sorgfältig durchlesen!  
Die Erhebung personenbezogener Daten erfolgt zum Zwecke der Bearbeitung Ihres Antrages. Zu den Angaben sind Sie gem. § 60 Sozialgesetzbuch Erstes Buch (SGB I) verpflichtet. Unabhängig davon ist nach § 1 Abs. 3 UVG der Leistungsanspruch nach dem UVG ausgeschlossen, wenn Sie sich weigern, die Auskünfte zu erteilen, die zur Durchführung dieses Gesetzes erforderlich sind oder bei der Feststellung der Vaterschaft oder des Aufenthaltes des anderen Elternteils mitzuwirken. Eine Mitwirkung liegt insofern in Ihrem eigenen Interesse.

Füllen Sie den Vordruck bitte deutlich lesbar in Druck- oder Blockschrift aus.  
Zutreffendes kreuzen Sie bitte an.

Falls Sie eine der notwendigen Angaben nicht machen können, tragen Sie bitte „unbekannt“ ein.

In Zweifelsfällen oder bei Fragen sind Ihnen die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Unterhaltsvorschussstelle gerne behilflich.

Der Antrag wird gestellt für die Zeit ab

→

Der Antrag kann rückwirkend maximal für einen Monat vor dem Monat des Antrags- einganges gestellt werden!

## 1. Angaben zu dem Kind, für das die Leistungen beantragt werden

→ bitte Geburts- bzw. Abstammungsurkunde oder Familienbuchauszug beifügen – Namensänderungen bitte nachweisen

Familienname, ggf. abweichender Geburtsname, Vorname		
Geburtsdatum	Geburtsort	Staatsangehörigkeit
Anschrift (Straße, Haus-Nr., PLZ, Ort)		→ Meldebestätigung beifügen

## Das Kind lebt

<input type="checkbox"/> bei seiner Mutter	<input type="checkbox"/> bei einer anderen Person (z.B. Pflegeperson oder Pflegefamilie)	seit	Datum
<input type="checkbox"/> bei seinem Vater	<input type="checkbox"/> in einer Einrichtung, in einem Heim (z.B. der Jugend- oder der Sozialhilfe)		
In welchem Umfang wird das Kind vom anderen Elternteil betreut?			<input type="checkbox"/> gar nicht
<input type="checkbox"/> unregelmäßig	<input type="checkbox"/> regelmäßig (welche Stunden (Uhrzeit) an welchen Wochentagen) → Darstellung ggf. auf „Anlage“		

## Sorgerecht

Das Sorgerecht für das Kind	<input type="checkbox"/> hat die Mutter	<input type="checkbox"/> hat der Vater	<input type="checkbox"/> haben beide gemeinsam
<input type="checkbox"/> Für das Kind besteht eine Vormundschaft bei:	Bezeichnung des Jugendamtes, Name des Einzelvormundes		

## Vaterschaft

Die Vaterschaft für das Kind ist anerkannt oder festgestellt	<input type="checkbox"/> ja	→ bitte Urkunde, Urteil oder Beschluss beifügen
<input type="checkbox"/> nein → als Vater kommt in Betracht: 1. ....	(Vorname Name, Anschrift)	
vielleicht auch: 2. ....	3. ....	etc. ....
Ein Vaterschaftsfeststellungsverfahren läuft	<input type="checkbox"/> nein <input type="checkbox"/> ja	→ bitte Nachweis beifügen
Es besteht eine Beistandschaft bei:	Bezeichnung des Jugendamtes, ggf. Aktenzeichen	
<input type="checkbox"/> Das Kind gilt als eheliches Kind, der Ehemann ist jedoch nicht der Vater		
Eine Vaterschaftsanfechtungsklage ist bereits anhängig bei:	Bezeichnung des Gerichts, ggf. Aktenzeichen. → bitte Nachweis beifügen	

## Aufenthaltsrecht ausländischer Kinder

→ bitte Aufenthaltstitel bzw. Bescheinigung der Ausländerbehörde über das Aufenthaltsrecht beifügen

<input type="checkbox"/> Das Kind / <input type="checkbox"/> Der Elternteil, bei dem das Kind lebt, ist im Besitz	
<input type="checkbox"/> einer Niederlassungserlaubnis <input type="checkbox"/> einer Aufenthaltserlaubnis	Zweck der Aufenthaltserlaubnis
<input type="checkbox"/> einer Bescheinigung über das Aufenthaltsrecht nach § 5 FreizügG/EU (für EU/EWR-Bürger oder Schweizer)	
Der Elternteil, bei dem das Kind lebt, ist ein Saisonarbeitnehmer, ein Werkvertragsarbeitnehmer oder ein Arbeitnehmer, der zur vorübergehenden Dienstleistung nach Deutschland entsandt ist.	<input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein

## 2. Angaben zu dem Elternteil, bei dem das Kind lebt

Name, ggf. abweichender Geburtsname, Vorname		Telefonnummer/E-Mail (freiwillige Angaben)	
Geburtsdatum	Geburtsort	Staatsangehörigkeit	
Anschrift (Straße, Haus-Nr., PLZ, Ort)		Steuerklasse laut Lohnsteuerkarte bei Getrenntleben	
<input type="checkbox"/> ledig	<input type="checkbox"/> (wieder) verheiratet	<input type="checkbox"/> eingetragene Lebenspartnerschaft führend	seit Datum
<input type="checkbox"/> geschieden	<input type="checkbox"/> verwitwet	→ bitte Scheidungsurteil / Sterbeurkunde beifügen	
<input type="checkbox"/> vom Ehegatten bzw. <input type="checkbox"/> vom eingetragenen Lebenspartner	<u>dauernd getrennt lebend</u>	→ bitte Nachweis beifügen	seit Datum
Anm.: Dauernd getrennt leben Ehegatten / eingetragenen Lebenspartner, wenn keine häusliche Gemeinschaft mehr besteht und wenigstens einer von ihnen die häusliche Gemeinschaft nicht wiederherstellen will. Eine Trennung nur aus beruflichen, politischen oder (aufenthalts-)rechtlichen Gründen genügt nicht.			
Name, Anschrift des getrenntlebenden Ehegatten / eingetragenen Lebenspartners (Straße, Haus-Nr., PLZ, Ort, Tel.-Nr.)			
<input type="checkbox"/> der Ehegatte <input type="checkbox"/> der eingetragene Lebenspartner	lebt voraussichtlich für mindestens 6 Monate in einer Anstalt		seit Datum
Anm.: Anstalten sind z.B. Krankenhäuser, Heil- und Pflegeanstalten sowie Strafvollzugs- und Untersuchungshaftanstalten. → bitte Nachweis beifügen			

## 3. Angaben zu dem Elternteil, bei dem das Kind nicht lebt

Name, ggf. abweichender Geburtsname, Vorname		Beruf
Geburtsdatum	Geburtsort	Staatsangehörigkeit
Anschrift (Straße, Haus-Nr., PLZ, Ort), ggf. letzte bekannte Adresse		Telefonnummer
<input type="checkbox"/> Antragsteller und Kind leben nicht mit dem anderen Elternteil zusammen.		

beschäftigt bei	Arbeitgeber, Firma	Anschrift	geschätztes monatliches Einkommen
<input type="checkbox"/> selbständig als	genaue Bezeichnung	Anschrift	
<input type="checkbox"/> krankenversichert bei	Name der Krankenversicherung	Anschrift	
Empfänger von			
<input type="checkbox"/> Arbeitslosengeld <input type="checkbox"/> Arbeitslosengeld II	<input type="checkbox"/> Sozialhilfe <input type="checkbox"/> Renten	seit Datum	Zuständiger Leistungs- bzw. Versicherungsträger

besitzt Vermögen (Grundstück, Wohneigentum, etc.)		Art, geschätzter Wert	
<input type="checkbox"/> besitzt ein Kraftfahrzeug		Kfz-Kennzeichen	
<input type="checkbox"/> besitzt ein Konto	IBAN	Geldinstitut	BIC SWIFT-Code

## 4. Weitere gemeinsame Kinder mit dem Elternteil, bei dem das Kind nicht lebt

Name, ggf. abweichender Geburtsname, Vorname, Geburtsdatum	lebt bei	für den Unterhalt kommt auf
Name, ggf. abweichender Geburtsname, Vorname, Geburtsdatum	lebt bei	für den Unterhalt kommt auf

### 5. Unterhaltsleistungen des Elternteils, bei dem das Kind nicht lebt

Das Kind erhält von dem Elternteil, bei dem das Kind nicht lebt, Zahlungen:

nein.

ja, unregelmäßig. Die letzte Zahlung betrug \_\_\_\_\_ € und ging am \_\_\_\_\_ ein.

ja, regelmäßig seit dem \_\_\_\_\_ in Höhe von \_\_\_\_\_ €. Die letzte Zahlung ging am \_\_\_\_\_ ein.

---

Der Elternteil, bei dem das Kind nicht lebt, hat eine Vorauszahlung/Abfindung geleistet.

nein

ja, am \_\_\_\_\_ in Höhe von \_\_\_\_\_ € für die Zeit vom \_\_\_\_\_ bis \_\_\_\_\_

---

Es wurde vereinbart, dass der Elternteil, bei dem das Kind nicht lebt, zurzeit keinen Unterhalt zahlen muss

nein

ja, durch folgende Vereinbarung (bitte darstellen):

\_\_\_\_\_

\_\_\_\_\_

---

Der Elternteil, bei dem das Kind nicht lebt, zahlt gemeinsame Schulden der Eltern zurück.

nein

ja, in Höhe von \_\_\_\_\_ € pro Monat an \_\_\_\_\_

für: \_\_\_\_\_

(Bezeichnung des Grundes für die Schulden)

---

Der Elternteil, bei dem das Kind nicht lebt, könnte meiner Ansicht nach den Mindestunterhalt für das Kind zahlen.

ja, weil \_\_\_\_\_ (z.B. wegen besonderer Vermögenswerte)

nein, weil \_\_\_\_\_

### 6. Unterhaltsverpflichtung

→ ggf. bitte den entsprechenden Nachweis beifügen

Ist der Elternteil, bei dem das Kind nicht lebt, durch ein Urteil, einen Beschluss, einen gerichtlichen Vergleich oder durch eine schriftliche Verpflichtungserklärung (z.B. Urkunde, eigene Vereinbarung) zur Zahlung von Unterhalt an das Kind verpflichtet?

nein, weil \_\_\_\_\_

ja → **bitte eine vollstreckbare Ausfertigung des Dokumentes beifügen**

### 7. Unterhaltsrealisierung

→ bitte Nachweise beifügen

Haben Sie oder der gesetzliche Vertreter des Kindes			
- die Zahlung des Unterhalts schriftlich angemahnt?	<input type="checkbox"/> nein	<input type="checkbox"/> ja, am	Datum
- einen Beistand / Rechtsanwalt beauftragt	<input type="checkbox"/> nein	<input type="checkbox"/> ja, am	Datum
Name, Vorname des Beistands / Rechtsanwalts		Telefonnummer	
Sitz des Jugendamtes bzw. Anschrift (Straße, Haus-Nr., PLZ, Ort) des Rechtsanwalts		Aktenzeichen	
- Klage auf Zahlung von Unterhalt gegen den anderen Elternteil eingereicht?	<input type="checkbox"/> nein	<input type="checkbox"/> ja, am	Datum
- versucht, den Aufenthaltsort des anderen Elternteils zu ermitteln?	<input type="checkbox"/> nein	<input type="checkbox"/> ja, am	Datum
- Strafanzeige wegen Verletzung der Unterhaltspflicht erstattet?	<input type="checkbox"/> nein	<input type="checkbox"/> ja, am	Datum
- sich sonst um Unterhaltszahlungen des anderen Elternteils bemüht?	<input type="checkbox"/> nein	<input type="checkbox"/> ja, am	Datum
Art und Weise, Erfolg			

### 8. Andere Leistungen

a) Waisenbezüge, Schadensersatzleistungen wegen Todes eines Elternteils, Stiefelternteils oder eingetragenen Lebenspartners → **bitte Sterbeurkunde und ggf. Nachweise zur Höhe der Leistung beifügen**

Erhält das Kind Waisenrente?			
<input type="checkbox"/> nein	<input type="checkbox"/> nein, ist aber beantragt bei <input type="checkbox"/> ja, von	Bezeichnung der Stelle	Betrag - monatlich - €



# Anlage - zum Antrag auf Leistungen nach dem Unterhaltsvorschussgesetz (UVG) für

Name des Kindes	Geburtsdatum
-----------------	--------------

## Angaben zum anderen Elternteil des Kindes

Name	Geburtsdatum	Geburtsort
------	--------------	------------

**Hinweis:** Der andere Elternteil ist unterhaltsrechtlich zu überprüfen. Dafür sind die folgenden Angaben von Ihnen hilfreicher. Die Fragen beantworten Sie bitte nach bestem Wissen. Soweit Sie sich nicht sicher sind, kennzeichnen Sie dies ggf. durch ein Fragezeichen.

**Schulabschluss:**  Sonderschule  Hauptschule  kein Schulabschluss  
 Realschule  Gesamtschule  Schulart nicht bekannt  
 Gymnasium

**Berufsausbildung:**  Keine  nicht bekannt  
 Lehre als \_\_\_\_\_  abgebrochen  
 Fachschulausbildung als \_\_\_\_\_  abgebrochen  
 Studium mit Fachrichtung \_\_\_\_\_  abgebrochen  
 Ausbildung/Studium anerkannt in Deutschland / \_\_\_\_\_

## Berufliche Tätigkeiten

**A)** Der/Die Unterhaltspflichtige ist derzeit:

- Schüler/in / Student/in  Zivil-/Wehrdienstleistende/r  
 Arbeitnehmer (**siehe B**)  selbständig (**siehe C**)  
 arbeitslos seit \_\_\_\_\_ Bezug von  ALG  ALG II  
 arbeitsunfähig seit \_\_\_\_\_  Krankengeld  
 erwerbsunfähig seit \_\_\_\_\_  Rente  Sozialhilfe

Leistungsstelle (z. B. MAIA, JobCenter, Rententräger): \_\_\_\_\_

Höhe der Leistungen monatlich ca. \_\_\_\_\_ EUR

**B)** Aktuelle bzw. letzte berufliche Tätigkeit: \_\_\_\_\_

seit/von \_\_\_\_\_ bis \_\_\_\_\_

Arbeitgeber: \_\_\_\_\_ Anschrift: \_\_\_\_\_

Aktuelles bzw. zuletzt bezogenes Einkommen monatlich ca. \_\_\_\_\_ EUR

Beendigung aufgrund  Kündigung des Arbeitgebers  eigener Kündigung

Gründe für die Beendigung (z. B. Ablauf eines Zeitvertrages, Betriebsaufgabe oder Betriebsverkleinerung)

**C)** Selbständige Tätigkeit/Gewerbebetrieb in den letzten drei Jahren:

Name und Anschrift der derzeitigen Firma: \_\_\_\_\_

Firma existiert seit: \_\_\_\_\_

monatliches Nettoeinkommen der/des Unterhaltspflichtigen: \_\_\_\_\_ EUR

## Sozialversicherung

Krankenkasse: \_\_\_\_\_ Rentenversicherungsträger: \_\_\_\_\_

Sonstige Sozialversicherung: \_\_\_\_\_

**Sonstige Einkommen:**  aus Nebentätigkeit  aus Vermietung/Verpachtung  
 aus Kapitalvermögen  aus Land- und Forstwirtschaft

Einkommen monatlich ca.: \_\_\_\_\_ EUR

Erläuterungen: \_\_\_\_\_

### Vermögen

**Wert**

- Grundbesitz (Haus/Eigentumswohnung/unbebautes Grundstück – auch im Ausland!)  
Anschrift: \_\_\_\_\_ EUR
- Kapitallebensversicherung bei \_\_\_\_\_ EUR
- Sparguthaben bei \_\_\_\_\_ EUR
- Wertpapiere (Aktien/Fondsanteile) bei \_\_\_\_\_ EUR
- Girokonto Nr.: \_\_\_\_\_ bei \_\_\_\_\_ EUR
- PKW Marke \_\_\_\_\_ Kennzeichen: \_\_\_\_\_ EUR
- Sonstiges: \_\_\_\_\_

Erläuterungen: \_\_\_\_\_

### Gesundheitliche Belastungen

- Schwerbehinderung \_\_\_\_\_ %  keine bekannt
- Sonstiges \_\_\_\_\_

### Weitere Unterhaltsverpflichtungen (z. B. gegenüber anderen Kindern)

_____	_____	_____ EUR
Name der/des Berechtigten	Geburtsdatum	Höhe Unterhalt
_____	_____	_____ EUR
Name der/des Berechtigten	Geburtsdatum	Höhe Unterhalt
_____	_____	_____ EUR
Name der/des Berechtigten	Geburtsdatum	Höhe Unterhalt

### Sonstige Angaben

- Schulden bei \_\_\_\_\_ Höhe ca. \_\_\_\_\_ EUR
- Grund für Schulden \_\_\_\_\_
- Insolvenzverfahren eröffnet/beantragt  
Schuldnerberatung: \_\_\_\_\_
- Eidesstattliche Versicherung wurde bereits abgegeben am: \_\_\_\_\_

Erläuterungen: \_\_\_\_\_

### Für zusätzliche Informationen benutzen Sie bitte die Rückseite!

- Ich kann keine Angaben machen, weil \_\_\_\_\_

\_\_\_\_\_ Datum

\_\_\_\_\_ Unterschrift

**Beiblatt bezüglich der Betreuungszeiten des anderen Elternteiles:**

\_\_\_\_\_ ; geb. am \_\_\_\_\_  
Name, Vorname, Geb.-Datum des Kindes

- Der andere Elternteil betreut das Kind gar nicht.
- Es gibt eine gerichtliche Vereinbarung bezüglich des Umgangsrechts.
- Das Umgangsrecht wurde unter den Eltern vereinbart.
- Sonstige Vereinbarung (über Rechtsanwälte etc.).

Wir fordern Sie auf schriftliche Vereinbarungen in Kopie beizufügen.

**1. Das Kind besucht den anderen Elternteil wie folgt:**

- |            |                                   |  |
|------------|-----------------------------------|--|
| Montag     | <input type="checkbox"/> ganztags | <input type="checkbox"/> in der Zeit von _____ bis _____ |
| Dienstag   | <input type="checkbox"/> ganztags | <input type="checkbox"/> in der Zeit von _____ bis _____ |
| Mittwoch   | <input type="checkbox"/> ganztags | <input type="checkbox"/> in der Zeit von _____ bis _____ |
| Donnerstag | <input type="checkbox"/> ganztags | <input type="checkbox"/> in der Zeit von _____ bis _____ |
| Freitag    | <input type="checkbox"/> ganztags | <input type="checkbox"/> in der Zeit von _____ bis _____ |
| Samstag    | <input type="checkbox"/> ganztags | <input type="checkbox"/> in der Zeit von _____ bis _____ |
| Sonntag    | <input type="checkbox"/> ganztags | <input type="checkbox"/> in der Zeit von _____ bis _____ |

**2. Die Regelung ist**

- wöchentlich
- 14 tägig
- es gibt folgende Regelung \_\_\_\_\_

**3. Ferienregelung:**

Das Kind besucht den Elternteil in folgenden Ferien

---

---

---

**4. Inwieweit beteiligt sich der andere Elternteil bei der Durchführung der Hobbytätigkeiten des Kindes, Arztbesuchen, Elternabende u.a.?**

---

---

---

**5. Es treffen keine der oben genannten Punkte zu, weil:**

---

---

---

Ich versichere ausdrücklich, dass ich die Angaben wahrheitsgemäß gemacht habe. Mir ist bewusst, dass der andere Elternteil zu diesen Angaben befragt werden kann. Die Informationen nach Art. 13 und 14 DSGVO wurden mir zur Kenntnis gegeben.

\_\_\_\_\_  
Ort, Datum

\_\_\_\_\_  
Unterschrift Antragsteller/-in

(Bezeichnung der UV-Stelle)	Eingangsstempel der Behörde
Aktenzeichen	Beiblatt bei UV-Stelle eingegangen am:

**Ergänzende Angaben zum**  
**Antrag auf Leistungen nach dem Unterhaltsvorschussgesetz (UVG)**  
**für Kinder im Alter von 12 – 17 Jahren**

Für das Kind _____ (Name), geb. _____ (Datum) gewährt das Jobcenter Leistungen nach dem SGB II <input type="checkbox"/> nein <input type="checkbox"/> ja
Wenn ja: → <b>fügen Sie bitte den vollständigen aktuellsten Bescheid des Jobcenters bei</b> ←
Wenn ja: Der Elternteil, bei dem das Kind lebt, erzielt ein monatliches Bruttoeinkommen in Höhe von mindestens 600 Euro → siehe Erläuterungen Nr. 2 auf folgender Seite ← <input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein <b>→ bitte Nachweis beifügen</b> Für das Kind wurde Wohngeld beantragt. <input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein

**Zusätzliche Angaben für den Fall, dass das Kind 15, 16 oder 17 Jahre alt ist**

Das Kind besucht <u>folgende Schule</u> : _____ <b>→ Bescheinigung der Schule ist beizufügen</b> <b>→ das Abschlusszeugnis wird voraussichtlich erteilt im ____ (Monat)/ ____ (Jahr).</b> <b>Diese Schule ist eine allgemeinbildende Schule</b> → siehe Erläuterungen Nr. 1 auf folgender Seite ← <input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein → <u>weiter im nächsten Feld</u>
Wenn das Kind <u>keine</u> allgemeinbildende Schule besucht: Das Kind erzielt folgende Einkünfte: → siehe Erläuterungen Nr. 2 auf folgender Seite ← <input type="checkbox"/> Keine <input type="checkbox"/> Ausbildungsvergütung <input type="checkbox"/> Einkünfte aus nichtselbständiger Arbeit <input type="checkbox"/> Einkünfte aus Kapitalvermögen <input type="checkbox"/> Einkünfte aus Vermietung oder Verpachtung <input type="checkbox"/> Einkünfte aus Land- oder Forstwirtschaft, Gewerbebetrieb oder selbständiger Tätigkeit <input type="checkbox"/> sonstige Einkünfte
<b>→ Falls das Kind Einkünfte bezieht, fügen Sie dem Antrag bitte entsprechende Nachweise bei</b> ← <b>→→ Bitte reichen Sie entsprechende Nachweise künftig für alle Monate ein, in denen Unterhaltsvorschuss bezogen wird.</b> ←←

## Erklärung

Ich versichere, dass ich die o.g. Angaben nach bestem Wissen und Gewissen ausgefüllt und alle Angaben vollständig gemacht habe. Mir ist bekannt, dass ich verpflichtet bin, alle Änderungen zum Schulbesuch und zu den Einkünften meines Kindes unverzüglich mitzuteilen. Eine Verletzung dieser Pflicht kann als Ordnungswidrigkeit mit einer Geldbuße geahndet werden. Für die Leistungen nach dem UVG werden die angegebenen persönlichen Daten elektronisch gespeichert und verarbeitet. Eine Übermittlung der Angaben aus dem Antrag erfolgt nur an die Stellen, die sie zur Erfüllung ihrer Aufgaben benötigen. Ich bin mit der Speicherung, Verarbeitung und Weitergabe der Daten zu diesem Zweck einverstanden. Ich bin auch damit einverstanden, dass die notwendigen Daten zur Durchführung des UVG mit dem Beistand, dem (Amts-)Pfleger, dem Vormund oder dem Rechtsanwalt meines Kindes ausgetauscht werden können. Die Informationen nach Art. 13 und 14 DSGVO wurden mir zur Kenntnis gegeben.

\_\_\_\_\_, den \_\_\_\_\_  
Ort Datum

\_\_\_\_\_  
Unterschrift der Antragstellerin/des Antragstellers

## Erläuterungen

### 1. Allgemeinbildende Schulen

In Thüringen zählen zu den allgemeinbildenden Schulen insbesondere<sup>1</sup>:

öffentliche und private Grundschulen, Regelschulen, Gemeinschaftsschulen, Gymnasien, Gesamtschulen, Förderschulen, Ersatzschulen (z.B. Waldorfschulen) und Kollegs.<sup>2</sup>

### 2. Zum Einkommen

Für den Fall, dass Sie neben Ihrem Einkommen Leistungen nach dem SGB II beziehen und nicht sicher sind, ob Ihr Bruttoeinkommen 600 Euro überschreitet oder nicht, legen sie der Unterhaltsvorschussstelle den Bescheid des Jobcenters für den maßgeblichen Monat vor. Die Unterhaltsvorschussstelle prüft dann an Hand dieses Bescheids, wie hoch in Ihrem Fall das maßgebliche Einkommen anzusetzen ist.

Zum Einkommen Ihres Kindes gehört insbesondere das Erwerbseinkommen.

Sozialleistungen werden nicht angerechnet<sup>3</sup>.

<sup>1</sup> Nicht abschließend; gibt immer noch Ausnahmen, wie staatlich anerkannte Ergänzungsschulen

<sup>2</sup> Sind im § 20 ThürSchulG und § 4 ThürSchfTG aufgeführt

<sup>3</sup> So ausdrücklich in der UVG-RL Punkt 2.5.2.3.

# Merkblatt zum Antrag auf Leistungen nach dem Unterhaltsvorschussgesetz (UVG) in der Fassung des UVG-Ausweitungsgesetzes von 2017

---

Bitte lesen Sie das Merkblatt aufmerksam.  
**Ihre Kenntnis des Inhalts wird im weiteren Verfahren unterstellt.**  
Bei Fragen wenden Sie sich bitte an die Unterhaltsvorschussstelle.

---

Zur Angabe der Daten im Antrag auf Gewährleistung von Leistungen nach dem Unterhaltsvorschussgesetz sind Sie gemäß §§ 60 ff Sozialgesetzbuch – Erstes Buch – sowie § 1 Abs. 3 UVG verpflichtet.

## I. Wer hat Anspruch auf Unterhaltsvorschussleistungen nach dem UVG?

### 1. Ein Kind bis zum Tag vor Vollendung des 12. Lebensjahres,

wenn es

- a) im Bundesgebiet bei (nur) einem seiner Elternteile lebt, der
  - ledig, verwitwet oder geschieden ist **oder**
  - von seinem Ehegatten / Lebenspartner dauernd getrennt lebt **oder**
  - dessen Ehegatte / Lebenspartner für voraussichtlich sechs Monate in einer Anstalt untergebracht ist, **und**
- b) nicht oder nicht regelmäßig wenigstens in der nach Abschnitt III in Betracht kommenden Höhe
  - Unterhalt von dem anderen Elternteil **oder**
  - wenn dieser gestorben ist, Waisenbezüge erhält.

### 2. Ein Kind ab dem vollendeten 12. Lebensjahr bis zum Tag vor Vollendung des 18. Lebensjahres,

wenn zusätzlich

- a) das Kind
  - keine Leistungen nach dem Zweiten Buch Sozialgesetzbuch bezieht **oder**
  - durch die Unterhaltsleistung die Hilfebedürftigkeit des Kindes nach § 9 des Zweiten Buches Sozialgesetzbuch vermieden werden kann **oder**
- b) der alleinerziehende Elternteil
  - mit Ausnahme des Kindergeldes über Einkommen im Sinne des § 11 Abs. 1 Satz 1 des Zweiten Buches Sozialgesetzbuch in Höhe von **mindestens 600 Euro** verfügt, wobei Beträge nach § 11b des Zweiten Buches Sozialgesetzbuch nicht abzusetzen sind.

### 3. Ausländische Kinder:

Bei ausländischen Staatsangehörigen müssen zusätzliche ausländerrechtliche Voraussetzungen vorliegen. Diese werden im Einzelfall geprüft (vorzulegen ist unbedingt der jeweilige Aufenthaltstitel).

## II. Wann besteht k e i n Anspruch auf Leistungen nach dem UVG?

Der Anspruch ist ausgeschlossen, wenn

- beide Elternteile in häuslicher Gemeinschaft miteinander leben (unabhängig davon, ob sie miteinander verheiratet sind oder nicht) **oder**
- das Kind regelmäßig auch bei dem anderen Elternteil lebt
- beide Elternteile das Kind gemeinsam betreuen
- der Elternteil, bei dem das Kind lebt, nach deutschem oder ausländischen Recht heiratet, (auch wenn der Ehepartner nicht der andere Elternteil des Kindes ist), **oder** eine Lebenspartnerschaft im Sinne des Lebenspartnerschaftsgesetzes eingeht **oder**

- in der häuslichen Gemeinschaft von Kind und Elternteil auch ein Stiefvater oder eine Stiefmutter des Kindes oder ein Lebenspartner im Sinne des Lebenspartnerschaftsgesetzes lebt (z. B. durch Heirat oder Wiederheirat des Elternteils, bei dem das Kind lebt, oder durch die Eintragung einer Lebenspartnerschaft des Elternteils, bei dem das Kind lebt) **oder**
- das Kind nicht von einem Elternteil betreut wird, sondern sich z. B. in einem Heim oder in Vollpflege bei einer anderen Familie befindet, **oder**
- das Kind und der alleinerziehende Elternteil in einer stationären Einrichtung der Jugendhilfe, z. B. Mutter-Kind-Einrichtung, untergebracht sind
- von z. B. zwei Kinder je eines bei einem der Elternteile wohnt und jeder der Elternteile für den vollen Unterhalt des bei ihm lebenden Kindes aufkommt, **oder**
- wenn der alleinerziehende Elternteil sich weigert, die zur Durchführung des UVG erforderlichen Auskünfte zu erteilen oder bei der Feststellung der Vaterschaft oder des Aufenthaltes des anderen Elternteils mitzuwirken, **oder**
- wenn das Kind Unterhaltszahlungen in ausreichender Höhe (vgl. Abschnitt III) von dem anderen Elternteil bzw. demjenigen, der sich für den Vater des Kindes hält, erhält **oder**
- wenn der andere Elternteil seine Unterhaltungspflicht durch Vorauszahlung erfüllt hat oder von der Unterhaltszahlung freigestellt worden ist.
- ab Vollendung des 12. Lebensjahres des Kindes das Kind oder der alleinerziehende Elternteil Leistungen nach dem SGB II beziehen oder der alleinerziehende Elternteil SGB II - Leistungen bezieht und gleichzeitig ein Einkommen von weniger als 600 Euro brutto hat.

### III. Wie hoch ist die Leistung nach dem UVG?

1. Die Höhe des Unterhaltsvorschlusses leitet sich aus dem Mindestunterhalt ab:  
Der Mindestunterhalt richtet sich nach dem Existenzminimum des Kindes und wird alle zwei Jahre durch eine Rechtsverordnung festgelegt. Weil die Kosten mit zunehmendem Alter des Kindes steigen, hat der Gesetzgeber bestimmt, dass
  - für Kinder bis zur Vollendung des sechsten Lebensjahres 87%,
  - für Kinder über sechs Jahre bis zur Vollendung des zwölften Lebensjahres 100% und
  - für die älteren Kinder 117% des Existenzminimums als Mindestunterhalt festgesetzt werden.

Daraus ergeben sich derzeit für den Mindestunterhalt folgende Beträge ab 01.01.2024:

- für Kinder unter 6 Jahren 480 Euro
- für Kinder ab 6 und unter 12 Jahren 551 Euro
- für Kinder ab 12 und unter 18 Jahren 645 Euro

2. Von diesen Beträgen wird für die Bemessung des Unterhaltsvorschlusses jedoch das ebenfalls aus öffentlichen Mitteln gezahlte Kindergeld für erste Kinder von derzeit 250 Euro voll abgezogen.

Daraus ergeben sich folgende Unterhaltsvorschlusssbeträge ab 01.01.2024:

- für Kinder unter 6 Jahren 230 Euro
- für Kinder ab 6 und unter 12 Jahren 301 Euro
- für Kinder ab 12 und unter 18 Jahren 395 Euro

3. Erhält das Kind bzw. der alleinerziehende Elternteil für das Kind regelmäßig, unregelmäßig oder auch nur einmalig Zahlungen des anderen Elternteils oder nach dessen Tod oder nach dem Tod eines Stiefelternteils Waisenbezüge, so sind diese von dem Unterhaltsvorschlusssbetrag abzuziehen.

4. Bei einem Kind, das älter als 15 Jahre ist, gilt Folgendes:

Wenn es nicht mehr auf eine allgemeinbildende Schule geht, wird auch sein eigenes Einkommen auf den Unterhaltsvorschuss angerechnet und kann den Unterhaltsanspruch mindern bzw. bei entsprechender Höhe ganz entfallen lassen.

Das Einkommen wird nach Abzug ausbildungsbedingter Kosten (z.B. Fahrtkosten) grundsätzlich zur Hälfte angerechnet. Das betrifft grundsätzlich jede Art von Einkommen, z. B. Ausbildungsvergütungen, Ferienjobs oder auch Einkünfte aus (ererbtem) Vermögen.

Unberücksichtigt bleiben im Allgemeinen gelegentliche Einnahmen z. B. Geldgeschenke von Verwandten o. ä.

#### IV. Welche Pflichten haben der alleinerziehende Elternteil und der gesetzliche Vertreter des Kindes, wenn sie die Leistung nach dem UVG beantragt haben oder erhalten?

Sie müssen nach der Antragstellung unverzüglich alle Änderungen der Unterhaltsvorschussstelle anzeigen, die für die Leistung nach dem UVG von Bedeutung sind, und zwar insbesondere

- wenn das Kind nicht mehr ausschließlich bei dem alleinerziehenden Elternteil lebt (z. B. wegen des Aufenthalts in einem Heim, bei Pflegeeltern, bei dem anderen Elternteil),
- wenn der alleinerziehende Elternteil heiratet (auch wenn es sich bei dem Ehepartner nicht um den anderen Elternteil handelt) oder eine Lebenspartnerschaft im Sinne des Lebenspartnerschaftsgesetzes eingeht,
- wenn der alleinerziehende Elternteil mit dem anderen Elternteil oder dem Stiefelternteil zusammenzieht,
- wenn ein weiteres gemeinsames Kind zum anderen Elternteil zieht,
- wenn sich die Betreuungsanteile des anderen Elternteils erhöhen
- wenn der andere Elternteil Zahlungen an das Kind vornimmt
- wenn der bisher unbekannte Aufenthalt oder die Identität des anderen Elternteils bekannt wird,
- wenn der andere Elternteil oder das Kind gestorben sind,
- wenn für das Kind Halbwaisenrente gewährt wird,
- wenn sich die Anschrift des Kindes bzw. des alleinerziehenden Elternteils oder die Bankverbindung des alleinerziehenden Elternteils ändert.

Bitte teilen Sie die beabsichtigte (Wieder-)Heirat bzw. die Eintragung einer Lebenspartnerschaft des Elternteils, bei dem das Kind lebt, vorab mit.

Die fahrlässige oder vorsätzliche Verletzung der Mitteilungspflicht kann mit Bußgeld geahndet werden. Die Verletzung der Pflicht führt weiterhin zur Ersatzpflicht gezahlter Leistungen (vgl. Abschnitt V).

#### V. In welchen Fällen muss die Leistung nach dem UVG ersetzt oder zurückgezahlt werden?

Die Leistung nach dem UVG muss im Falle gesetzeswidriger Auszahlung erstattet oder zurückgezahlt werden, wenn

- bei der Antragstellung fahrlässig oder vorsätzlich falsche oder unvollständige Angaben gemacht worden sind, **oder**
- nach der Antragstellung die Mitteilungspflichten nach Abschnitt IV dieses Merkblattes verletzt worden sind, **oder**
- der alleinerziehende Elternteil gewusst oder infolge Fahrlässigkeit nicht gewusst hat, dass die Voraussetzungen für die Zahlung der Unterhaltsvorschussleistung nicht erfüllt waren (die Kenntnis der Informationen dieses Merkblattes wird dabei vorausgesetzt), **oder**
- das Kind nach der Antragstellung Einkommen erzielt hat, das bei der Berechnung der Leistungen nach dem UVG hätte abgezogen werden müssen (vgl. Abschnitt III c), d)).

Die Ersatzpflicht beginnt am Tag nach Ablauf des Tages der Änderung der Verhältnisse.

##### **Beispiel:**

Am 01.07.2023 stellt ein lediger Elternteil einen Antrag auf Unterhaltsvorschuss für sein Kind. Die Bewilligung erfolgt mit Bescheid vom 07.08.2023 rückwirkend zum 01.07.2023.

Am 07.01.2024 heiratet der Elternteil.

##### **Rechtsfolge:**

- Ab 08.01.2024 besteht kein Anspruch mehr auf die Leistung
- Der Bewilligungsbescheid ist mit Wirkung vom 08.01.2024 aufzuheben
- Wird die Heirat nicht rechtzeitig vom Elternteil dem Jugendamt mitgeteilt und die Unterhaltsleistung deswegen für die Zeit ab dem 08.01.2024 weiter gewährt, wird der Elternteil zur Rückzahlung des für die Folgezeit gezahlten Unterhaltsvorschusses verpflichtet.

## **VI. Was ist zu tun, um die Leistung nach dem UVG zu bekommen?**

Die Leistungen nach dem UVG werden nur auf Antrag gewährt. Der Antrag ist in Thüringen beim zuständigen Jugendamt einzureichen.

Zuständig ist das Jugendamt, in dessen Bezirk (Landkreis oder kreisfreie Stadt) der alleinerziehende Elternteil seinen Hauptwohnsitz hat.

### **Folgende Unterlagen werden benötigt:**

- Personalausweis oder Reisepass
- bei Ausländern Aufenthaltstitel (Niederlassungserlaubnis oder Aufenthaltserlaubnis)
- Geburtsurkunde des Kindes
- Meldebestätigung bzw. Melderegisterauskunft
- wenn geschieden, dann Scheidungsurteil oder einen Nachweis über die Scheidung
- wenn getrennt lebend, Nachweis über den Trennungszeitpunkt (Bestätigung des Rechtsanwalts, Meldebescheinigung)
- Vaterschaftsanerkennung oder -feststellung, soweit vorhanden
- Unterhaltstitel (Original der 1. vollstreckbaren Ausfertigung), soweit vorhanden
- Nachweise über Höhe und Datum der Unterhaltszahlungen der letzten drei Monate
- Nachweise über zumutbare Bemühungen, den anderen Elternteil zu Unterhaltszahlungen zu veranlassen
- bei Anstaltsunterbringung des anderen Elternteils entsprechende Nachweise (ärztliches Attest, Gerichtsbeschluss, Haftbescheinigung)
- Sterbeurkunde, wenn anderer Elternteil verstorben ist
- bei Zuzug: Belege über bisherige Leistungen anderer Unterhaltsvorschussstellen

### **Bei Kindern über 12 Jahren zusätzlich**

- aktueller Bescheid des Jobcenters

### **Bei Kindern über 15 Jahren, die nicht auf eine allgemeinbildende Schule gehen, zusätzlich**

- aktuelle Gehaltsbescheinigung des Kindes
- sonstige aktuelle Einkommensnachweise



## Datenschutzhinweise zur Erhebung von personenbezogenen Daten

(Informationspflicht nach Art. 13 und 14 DSGVO)

**Die nachfolgenden Beschreibungen gelten allgemein für den Umgang mit personenbezogenen Daten im Landratsamt Ilm-Kreis – Jugendamt.**

### 1. Namen und Kontaktdaten des Datenschutzbeauftragten und Verantwortlichen

**Datenschutzbeauftragter:** Landratsamt Ilm-Kreis  
Ritterstraße 14, 99310 Arnstadt **Kontakt:** Telefon: 03628 738-117  
E-Mail: datenschutz@ilm-kreis.de

**Verantwortlicher:** Landratsamt Ilm-Kreis / Jugendamt **Kontakt:** Telefon: 03628 738-600  
Amtsleiter E-Mail: jugendamt@ilm-kreis.de  
Ritterstraße 14, 99310 Arnstadt

### 2. Zwecke und Rechtsgrundlage der Datenverarbeitung

Die Datenverarbeitung dient grundsätzlich dem vom Antragsteller verfolgten Zweck und stützt sich dabei auf das im jeweiligen Fachgebiet einschlägige Verwaltungsrecht und privatrechtlichen Vorschriften, jeweils immer in Verbindung mit dem für das Verfahren gültigen Datenschutzrecht. Es können Kontaktlisten/E-Mail-Verteiler geführt werden, die auf rein freiwilligen Angaben beruhen und die der besseren Zusammenarbeit mit Behörden, Vereinen und Einzelpersonen dienen.

Die Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten erfolgt auf der Grundlage von:

Datenschutz-Grundverordnung DSGVO, beim Vollzug von Bundesrecht im übertragenen Wirkungskreis in Verbindung mit dem Bundesdatenschutzgesetz BDSG, beim Vollzug von Landesrecht im übertragenen Wirkungskreis oder in eigener Hoheit in Verbindung mit dem Thüringer Datenschutzgesetz ThürDSG. Die Datenschutzvorschriften des 4. Kapitels des SGB VIII kommen zur Anwendung. Bei Verträgen erfolgt das Erheben und Verarbeiten von Daten im gegenseitigen Einverständnis.

### 3. Empfänger oder Kategorien von Empfängern

Ihre personenbezogenen Daten erhalten folgende Empfänger bzw. Kategorien von Empfängern:

**innerhalb des Verantwortlichen**

→ andere Ämter bzw. Mitarbeiter, soweit das die Bearbeitung des Anliegens erfordert oder gesetzlich vorgeschrieben ist

**Auftragsverarbeiter bei der Bearbeitung des Bundeselterngeldes**

→ Rechenzentren des Bundes oder des Freistaats Thüringen oder des Landesverwaltungsamts, soweit es sich um zentral betriebene EDV-Anwendungen handelt

→ im Ausnahmefall Softwareanbieter, wenn nicht ausgeschlossen werden kann, dass im Rahmen der Wartung und Pflege der EDV-Anwendungen der Hersteller des Verfahrens mit personenbezogenen Daten in Kontakt kommt

**Dritte (außerhalb des Verantwortlichen)**

→ vor allem andere Behörden, die im Rahmen des Verfahrens zu beteiligen oder aufgrund rechtlicher Verpflichtung zu informieren sind

→ andere Dritte, die aufgrund gesetzlicher Vorschriften oder aufgrund von Verträgen zu beteiligen sind, die gewährten Hilfen durchführen oder die Gegenstand einer Anzeige/Mitteilung sind

→ Bei der Stellung eines Antrages bei einem für die Bearbeitung dieses Antrages örtlich oder sachlich unzuständigen Leistungsträger erfolgt nach SGB I oder IX die Weiterleitung dieses Antrages an den zuständigen Leistungsträger.

### 4. Übermittlung an ein Drittland oder eine internationale Organisation

Ihre personenbezogenen Daten werden **nicht** an ein Drittland oder eine internationale Organisation übermittelt.

### 5. Dauer der Speicherung bzw. Kriterien für die Festlegung der Dauer

Die Dauer der Datenspeicherung richtet sich nach der die Datenerhebung begründenden Rechtsgrundlage und kann kurzfristig (bei einfachen Informationen) bis dauernd (z. B. Adoptionen) sein. Unterlagen, die eine Zahlung begründen, werden mindestens sechs Jahre aufbewahrt, die zugehörigen Buchungen zehn Jahre. Leistungen in der Jugendhilfe im Verwaltungsverfahren werden nach Abschluss des Verfahrens i.d.R. zehn Jahre aufbewahrt. In Vertragsangelegenheiten gelten individuelle oder gesetzliche Löschfristen. Die Daten aus Kontaktlisten/E-Mail-Verteilern werden nach Ende der Zusammenarbeit gelöscht bzw. auch immer auf Wunsch des Betroffenen.

### 6. Rechte der Betroffenen im Rahmen der Verarbeitung

**Die nachfolgenden Rechte bestehen nur nach den jeweiligen gesetzlichen Voraussetzungen und können auch durch spezielle Regelungen eingeschränkt oder ausgeschlossen sein.**



Die betroffene Person hat das Recht, von dem Verantwortlichen eine Bestätigung darüber zu verlangen, ob über sie betreffende personenbezogene Daten verarbeitet werden; ist dies der Fall, so hat sie ein **Recht auf Auskunft** über diese personenbezogenen Daten und auf die in Art. 15 DSGVO im einzelnen aufgeführten Informationen. Die betroffene Person hat das Recht, von dem Verantwortlichen unverzüglich die **Berichtigung** sie betreffender unrichtiger personenbezogener Daten und ggf. die **Vervollständigung** unvollständiger personenbezogener Daten zu verlangen (Art. 16 DSGVO). Die betroffene Person hat das Recht, von dem Verantwortlichen zu verlangen, dass sie betreffende personenbezogene Daten unverzüglich gelöscht werden, sofern einer der in Art. 17 DSGVO im einzelnen aufgeführten Gründe zutrifft, z. B. wenn die Daten für die verfolgten Zwecke nicht mehr benötigt werden (**Recht auf Löschung**).

Die betroffene Person hat das Recht, von dem Verantwortlichen die **Einschränkung der Verarbeitung** zu verlangen, wenn eine der in Art. 18 DSGVO aufgeführten Voraussetzungen gegeben ist, z. B. wenn die betroffene Person Widerspruch gegen die Verarbeitung eingelegt hat, für die Dauer der Prüfung durch den Verantwortlichen. Die betroffene Person hat das Recht, aus Gründen, die sich aus ihrer besonderen Situation ergeben, jederzeit gegen die Verarbeitung sie betreffender personenbezogener Daten **Widerspruch** einzulegen. Der Verantwortliche verarbeitet die personenbezogenen Daten dann grundsätzlich nicht mehr (Art. 21 DSGVO).

Die betroffene Person hat das Recht, die sie betreffenden personenbezogenen Daten in einem strukturierten, gängigen und maschinenlesebaren Format zu erhalten und diese Daten einem anderen Verantwortlichen zu übermitteln, (Art. 20 DSGVO).

### 7. Recht auf Widerruf der Einwilligung bei einer Verarbeitung

Wenn die Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten auf einer Einwilligung (Art. 6 Abs. 1 Buchst. a oder Art. 9 Abs. 2 Buchst. a DSGVO) beruht, haben Sie das Recht, die Einwilligung jederzeit zu widerrufen, ohne dass die Rechtmäßigkeit der aufgrund der Einwilligung bis zum Widerruf erfolgten Verarbeitung berührt wird.

### 8. Beschwerderecht bei einer Aufsichtsbehörde

Im Rahmen der Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten haben Sie das Recht auf Beschwerde bei der Aufsichtsbehörde nach Art. 77 Abs. 1 DSGVO. Dies ist in Thüringen der Landesbeauftragte für den Datenschutz und die Informationsfreiheit, Häßlerstraße 8, 99096 Erfurt ([www.tifdi.de](http://www.tifdi.de)).

### 9. Gesetzliche oder vertragliche Pflicht zur Bereitstellung der Daten

Die Bereitstellung Ihrer personenbezogenen Daten kann  
→ gesetzlich vorgeschrieben  
→ vertraglich vereinbart oder  
→ für einen Vertragsabschluss erforderlich sein.

Deshalb können Sie - je nach Sachverhalt - verpflichtet sein, personenbezogene Daten bereitzustellen. Wenn Sie **trotz Verpflichtung** die personenbezogenen Daten nicht bereitstellen, kann Ihr Anliegen nicht bearbeitet werden. In einigen Rechtsgebieten kann die Verpflichtung mit Zwangsmitteln (z. B. Zwangs- und Bußgelder) durchgesetzt werden.

Für die Wahrnehmung der Aufgaben nach § 8a SGB VIII (Kinderschutz) ist das Jugendamt zur Datenerhebung nach den §§ 61 und 62 SGB VIII auch bei Dritten befugt.

### 10. Quelle der personenbezogenen Daten

Daten, die nicht beim Betroffenen selbst erhoben werden, stammen vorrangig aus Quellen, die gesetzlich zur Ermittlung vorgesehen sind, z. B. Einwohnermeldeämter, Sozialversicherungsträger, Arbeitgebern, ggf. dem zweiten Elternteil, Finanzämter, Justizbehörden, Jobcenter, BA für Arbeit, Schulen, Kindertageseinrichtungen oder andere Ämter wie z.B. Sozialamt oder Ausländerbehörde. Ferner kommen als Quellen andere Dritte infrage, z. B. bei Beschwerden und Anzeigen; oder öffentlich zugängliche Medien (Internet, Presse usw.).

### 11. Automatisierte Entscheidungsfindung einschließlich Profiling gemäß Art. 22 Abs. 1, 4 DSGVO

Die Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten erfolgt **nicht** mittels automatisierter Entscheidungsfindung einschließlich Profiling gemäß Art. 22 Abs. 1, 4 DSGVO.

### 12. Weiterverarbeitung für einen anderen Zweck

Ihre personenbezogenen Daten werden **nicht** für einen anderen Zweck weiterverarbeitet als den, für den die Daten erhoben wurden. Eine Ausnahme bilden hierbei gesetzliche Regelungen, siehe auch Punkt 10.